

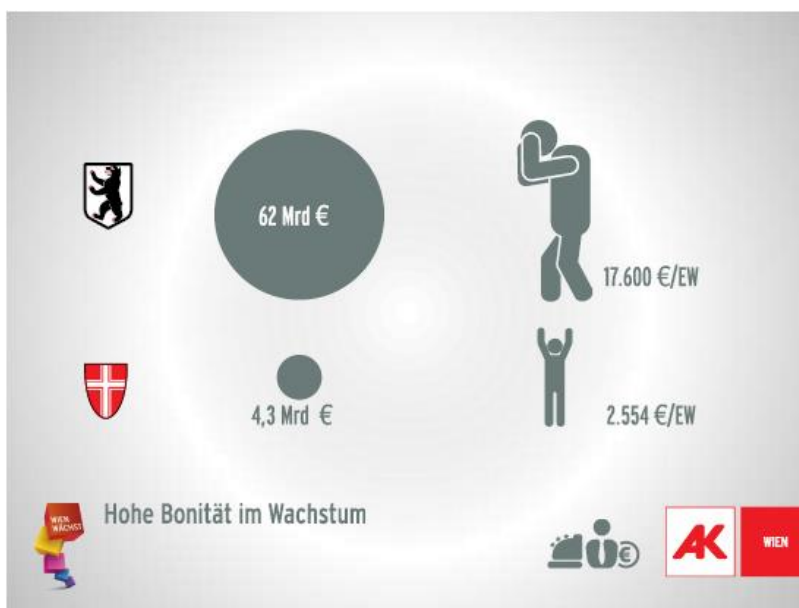
Arbeitslosigkeit korreliert sehr stark mit dem Bildungsniveau – das könnte für Gruppen mit niedriger Qualifikation zu einem zunehmenden Problem werden. Viele neue Zuwanderer haben ein erfreulich hohes Bildungsniveau – viele Zuwanderer aus der Vergangenheit nicht. Die weniger qualifizierten könnten am Arbeitsmarkt verdrängt werden, da die Anzahl der Arbeitsplätze geringer wächst als das Arbeitskräfteangebot.

THEMENBEREICH FINANZIERUNG

All diese wichtigen Herausforderungen können nur durch rechtzeitiges Handeln gemeistert werden. Daher fordert die AK mehr öffentliche Investitionen in die städtische Infrastruktur. Sie sind nicht nur für die WienerInnen notwendig, sie kurbeln auch die Wirtschaft an und tragen damit zu einem Beschäftigungswachstum bei. Doch die strikten, politisch motivierten Sparvorgaben von Bund und EU („Innerösterreichischer Stabilitätspakt“) schränken die Möglichkeiten für kommunale Investitionen ein – selbst wenn aufgrund des enormen Bevölkerungswachstums ein dringender Bedarf besteht.



Dabei stünde Wien finanziell relativ gut da: die Hauptstadt hat derzeit eine Pro-Kopf-Verschuldung von etwa € 2.550. Im Vergleich mit Berlin, wo jeder Bürger bzw. jede Bürgerin mit ca. € 17.600 verschuldet ist, hätte Wien also noch deutliche finanzielle Spielräume.



Quelle: Stadt Wien, Stadt Berlin

Dazu kommt, dass gerade jetzt, wo die Kreditzinsen im Keller sind, eine Geldaufnahme vergleichsweise günstig ist. Es wäre daher für Wien auch ökonomisch sinnvoll, massiv in die öffentliche Infrastruktur zu investieren.

Aus Sicht der AK ist es wichtig, deutlich mehr geförderten Wohnraum zu schaffen, wirksame Mietobergrenzen für den privaten Wohnsektor einzuführen, Investitionen in den öffentlichen Verkehr - bei denen die Schnellbahn eine kostengünstige Alternative sein kann – und stärkere Förderungen sozial benachteiligter Kinder (auch über das Schulsystem) zu tätigen. Durch die damit verbundenen, öffentlichen Investitionen werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Dazu braucht es aber eine Finanzierung – das geht nur über eine Lockerung der Sparzwänge oder über vermögensbezogene lokale Steuern, wie etwa der Grundsteuer. Hier ist jedoch aufgrund der Kompetenzen weniger ein Appell an die Gemeinde angebracht, sondern eher Druck an den Bund angesagt.